

Nicht autorisierte Übersetzung der Kuba-Koordinationsgruppe der deutschen Sektion von Amnesty International

Verbindlich ist nur das Original in Englisch!

Kuba intensiviert die Repression im Vorfeld des CELAC-Gipfels (Comunidad de Estados Latinoamericanos y del Caribe = Vereinigung der Lateinamerikanischen und karibischen Staaten)
27.01.2014

Die kubanischen Behörden müssen ihre Repressionen gegen Regierungsgegner und Dissidenten stoppen und friedliche Aktivitäten, die während des 2. CELAC Gipfels geplant sind, genehmigen, sagte ai heute. Der Gipfel findet am 28. und 29.1. in Havana statt. Die Haltung der kubanischen Behörden ist ein ungeheuerlicher Angriff auf das Recht der freien Meinungsäußerung und Versammlung, der von den vielen Staatsoberhäuptern, die jetzt in Havana zusammenkommen, nicht unbenutzt bleiben sollte, sagte ai's Sonderbeauftragter für regionale Programme, Javier Zuñiga.

„Es ist ein sinnloser Versuch, diejenigen zum Schweigen zu bringen, die die systematische Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung, auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit in Kuba offen ansprechen. Die Regierung mag Dissidenten davon abhalten, in die Nähe des Konferenzzortes zu gelangen, aber ihre Stimmen werden durchdringen. Es gibt nichts, was die Menschenrechte zum Schweigen bringen kann.“

Letztes Wochenende wurden in vielen Teilen der Insel Dutzende von Dissidenten willkürlich verhaftet oder unter Druck gesetzt, damit sie nicht an privaten Veranstaltungen teilnehmen, die parallel zum CELAC-Gipfel, der morgen in Havana beginnt, geplant sind. Die Cuban Commission for Human Rights and National Reconciliation (CCDHRN, Comisión Cubana de Derechos Humanos y Reconciliación Nacional) (kubanische Kommission für Menschenrechte und nationale Versöhnung) hat 43 Fälle von Personen dokumentiert, die zwischen dem 23. und 26. Januar für kurze Zeit inhaftiert wurden. Weitere fünf Personen wurden unter Hausarrest gestellt. Mindestens 18 wurden von den Behörden gewarnt, nicht nach Havana zu reisen. Als Resultat dieser Verhaftungen und der Welle von Einschüchterungen wurden zahlreiche Treffen, die parallel zum Gipfel hätten stattfinden sollen, abgesagt.

Unter den Aktivisten, die über das Wochenende inhaftiert wurden, befanden sich José Daniel Ferrer García, Präsident der patriotischen Union Kubas (UNPACU, Unión Patriótica de Cuba) und Yusmila Reina Ferrera, Mitglied der gleichen Organisation. Beide wurden in verschiedenen Polizeistationen auf der Insel für fast 48 Stunden festgehalten.

José Daniel Ferrer erzählte Amnesty, dass er und seine Kollegin von Männern in zivil gegen 1 Uhr am 24. Januar abgefangen wurden, als sie zum Büro der Cuban Commission for Human Rights and National Reconciliation unterwegs waren. Ferrer forderte die Männer auf, sich auszuweisen, was diese ablehnten. Sie wurden dann in ein Auto gestoßen und zu einer Polizeistation an der Grenze zwischen den Provinzen Havana und Mayabeque gebracht, von wo aus sie zu verschiedenen Polizeistationen in Havana transportiert wurden, wo sie die Nacht verbrachten. Am 25. Januar wurden sie in Richtung Santiago de Cuba gebracht, aber sie verbrachten die Nacht in einer Polizeistation in Camagüey. Sie wurden letztendlich gegen Mittag am 26. Januar in der Provinz Santiago de Cuba freigelassen. José Daniel Ferrer erzählte Amnesty, dass Polizeibeamte gegenwärtig sein Haus beobachteten und es für ihn momentan unmöglich sei, in die Hauptstadt zurück zu kehren. „Es ist ein Skandal, dass diejenigen, die mit der kubanischen Regierung nicht einverstanden sind, dies nicht gemeinsam und öffentlich äußern dürfen. Die Staatsoberhäupter der CELAC-Mitgliedsstaaten und leitenden Beamten von regionalen und internationalen Organisationen, so wie der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, sollten die Tatsache nicht übersehen, dass, wenn sie nach Havana kommen, um am Gipfel teilzunehmen, gegen die kubanischen Aktivisten, von ihrer Regierung hart durchgegriffen wird“, sagte Javier Zuñiga. „Die Führer einer Organisation, die die Re-

spektierung von Demokratie und Menschenrechte zu ihren Prinzipien zählt, sollten für die Unterstützung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit für die kubanischen Bürger eintreten“, fügte er hinzu. Die Verhaftung und Nötigung von Dissidenten und Oppositionellen ist eine zur Routine gewordene Taktik der kubanischen Behörden. Im Laufe des Jahres 2013 berichtete die Cuban Commission for Human Rights and National Reconciliation über 6.424 Verhaftungen von Regierungskritikern. Allein im Dezember 2013 gab es 1.123 willkürliche Verhaftungen aus „politischen Gründen“, die höchste Anzahl seit dem Besuch von Papst Benedikt XVI im März 2012.